

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorauszahlung.

Ankerate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gep. Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Ankerate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 52.

Sonntag den 29. Dezember.

1901.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Herren Bevollmächtigten!

Die Tabak-Arbeiter-Bestellungen auf Monat Januar müssen bis spätestens Montag den 30. Dezember bei uns aufgegeben sein. Bestellungen, die später einlaufen, werden erst nach dem allgemeinen Versand berücksichtigt. Die Expedition.

Uns tägliche Brot.

Die Frage über das Schicksal des Zolltarifs wird in den Weihnachtsferien unzählige Male an die Abgeordneten gestellt werden. Aus der neuntägigen Generaldebatte geht ebenso wenig, wie aus den Wahrscheinlichkeits-Berechnungen der zöllnerischen Presse hervor, wie der Kampf um den Brotwucher enden wird. Nur eins steht fest: Die künftigen Beratungen über den Zolltarif in der Kommission sowohl, wie später im Plenum werden einen anderen Zug aufweisen, als vor den Ferien. Die Argumentation wird aufs äußerste detailliert den profitlustigen Charakter der Wucherzöllner völlig bloß legen.

Selbst wenn die Agrarier mit den Industriezöllnern eine Sub-recte Schacherkommission niederlegen, die eine Vereinbarung zwischen beiden über die wesentlichsten Positionen des Tarifs hinter den Coulissen ermöglichen und dadurch der Opposition so viel wie möglich Boden bei den Kommissionsberatungen entziehen soll, wird die letztere doch ihr ganzes Arsenal von Gründen gegen die Vorlage ins Feld führen und die Gegner zum Reden zwingen können, wenn auch der Paß zwischen ihnen fertig wäre. Von beiden Seiten werden alle taktischen Kunstgriffe ausgeklügelt werden, um ans Ziel zu gelangen.

Das Ziel der Agrarier ist — wir lassen uns hierin durch das Geschrei nach höheren Zollsätzen auf Getreide nicht abirren — den Zolltarifentwurf mit seinen jetzigen Sägen ins Trockene zu bringen. Damit, und nur damit rechnet sicher auch die Opposition. Ihr Ziel wird darum sein, diese Säge zu Falle zu bringen oder überhaupt die Fertigstellung des Gesetzes zu verhindern. Welche Mittel sie zur Erreichung dieses Zieles in Anwendung bringen wird, das bleibt der jeweiligen Situation vorbehalten. Und mag die gouvernementale und agrarische Presse noch so viel über die Verwerflichkeit der parlamentarischen Obstruktion deklamieren, ihr Ziel wird von der übergroßen Mehrheit sanktioniert und mit ihm auch eine gut und geschickt angelegte Obstruktion.

Nebrigens könnte man, wenn man boshaft sein wollte, die Regierung bezichtigten, der Obstruktion bereits Vorschub geleistet zu haben. Sie hat den Termin zur Einberufung des Reichstages nach seiner Vertagung so weit hinausgeschoben, daß selbst die nötigsten Arbeiten außer dem Zolltarif vor Weihnachten nicht hätten fertig gestellt werden können; sie mußte wissen, daß der Zolltarif vor Weihnachten zur Beratung kommen mußte, wenn die Situation nicht aufs schlimmste verfahren werden sollte. Daß aber die erste Beratung nicht in einigen akademischen Monologen ausklingen würde, mußte längst der letzte der Staatsbürger. Warum also wurde die Zusammenberufung des Reichstages so lange hinausgeschoben? Mitunter ist er früher schon im Oktober einberufen worden. Jetzt wäre das sehr angebracht gewesen, denn Arbeit harrete seiner in Hülle und Fülle. Es ist noch gar nicht dagewesen, die erste Beratung des wichtigsten Materials, des Etats, erst nach den Weihnachtsferien stattfinden zu lassen. Mag man auch sagen, für das gründliche Studium des Etats sei nun Zeit vorhanden und das Ergebnis werde der Behandlung des Etats zu gute kommen, bestehen bleibt doch der Uebelstand, daß die Zeit für die so wertvolle Specialberatung verkürzt, ja durch die Anspannung der Kräfte durch den Zolltarif schwer beeinträchtigt wird. Ein Hasten und Jagen in der ganzen Thätigkeit des Parlaments wird die Folge sein, das fällt der Regierung zur Last, die den Reichstag so spät zusammenberief.

Unstreitig bringt diese Lage der Opposition Vorteil. Von ihrer Kräfteanstrengung hängt es ab, die Gegner bei den sich nun drängenden Geschäften auf den Beinen zu halten. Wollen diese die Kraftprobe bestehen, dann müssen sie ihre bisherige Gepflogenheit des Schwänzens

aufgeben. Freilich, was thut ein wackelnder Agrarier nicht um des klingenden Vorteils willen! Aber diesmal müssen die für das „tägliche Brot“ so besorgten Grafen, Barone und Renommierbauern schon etwas Besonderes an Ausdauer leisten und es wird vergnüglich anzuschauen sein, die Unbequemlichkeit ihres „Martyriums der Arbeit“ auf ihrem edlen armingleichen Antlitz ausgeprägt zu sehen, indes sich die Menge des Volkes noch an dem billigen Brot und dem noch kostbareren, den Agrariern zuliebe schon verteuerten Fleisch mästet.

Aber es wird den „Edelsten der Nation“ nichts helfen, sie werden ausharren müssen, wenn es der Opposition gefällt, ihre Geduld auf die Probe zu stellen. Mit welchen Mitteln dies die Opposition versuchen wird, darüber läßt sich augenblicklich nichts sagen.

Vor allen Dingen wird sie sich angelegen sein lassen, den Parlamentarismus nicht auf das Niveau gewisser ausländischer Parlamente herabsinken zu lassen. Dafür bürgt schon ihr Auftreten in früheren schweren Kämpfen, und ihrer Intelligenz wird es auch nicht zu schwer fallen, ihr Ziel unter Anwendung anständiger Mittel zu erreichen. Sie hat die Sympathie aller anständigen Leute und der von der Brotverteuerung bedrohten Massen auf ihrer Seite bei dem Bestreben, die in das Volksleben so tief einschneidende Gesetzesvorlage nicht über das Knie brechen zu lassen. Die Ueberumpelung mit dem Zolltarif ist durch dessen Verhörerung zu nichte gemacht worden, nun muß versucht werden, das Teufelswerk zu Falle zu bringen. Wie, das wird sich finden, d. h. soweit es auf die Wahl der parlamentarischen Kampfmittel ankommt.

Die größte Kraft wird die Opposition, wie immer, aus der Sympathie des Volkes schöpfen. Ist ihr diese sicher und bewährt sie sich in steigender Zunahme durch erneute, energische Willenskundgebungen, dann mögen die Brotverteurer die Hölle loslassen auf die Opposition, ins Wanken wird sie deshalb nicht gebracht. Wo die Sozialdemokratie die Führung übernimmt, wirken weder Gewaltakte, noch heimtückische Anschläge auf den Parlamentarismus.

Unzweifelhaft trägt sich die Gesellschaft der Brotverteurer ebenfalls mit dem Gedanken von der Notwendigkeit äußerster Kräfteanstrengung zur Erreichung ihres Zieles. Und es stehen ihr, da sie im Parlament in der Mehrheit ist, mannigfache Mittel zu Gebote, wie sie ja bereits in ihrer Presse mit einer eventuellen Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages der Opposition drohen ließ. Es ist jedoch ein heißes Ding, die Qual des Hungers über das arbeitende Volk und die Entziehung parlamentarischer Rechte über seine Vertreter zu legen zu verhängen. Allzu scharf macht scharf.

Als Hauptaufgabe, die ihnen nicht leicht gemacht werden darf, fällt ihnen zu, in den Reußen der Zolltarifanhänger die Fahnenflucht zu verhindern. Es gehen nicht alle Zöllner unter den Abgeordneten mit so hoch getragener Nase umher, wie die Genl. Heim, Arnim, Kropatschek und Vertel. Noch hat die Wählerchaft des Reichs eine ganze Reihe von ihnen am Zügel. Die Reichstagswahlen sind nicht mehr so fern. Vielleicht gelingt es gar, die beabsichtigte Brotverteuerung zur Ursache einer Reichstagsauflösung zu machen. Aber wenn auch die Legislaturperiode voll zu Ende ginge, stünden doch die Wahlen im Zeichen des Brotwuchers. Dann kommt erst die große Abrechnung. Und möchte auch mancher Brotwucherer auf das Mandat verzichten, wenn er nur vorher erst sein Heu mit ins Trockene bringen könnte, so ist doch zu beachten, daß die Parteien als solche für die Erhaltung ihres Bestandes besorgt sein müssen. Es könnte ja möglicherweise nach der Lebensmittelverteuerung ein so starker Umschlag in dem Volke eintreten, daß bei Neuwahlen eine Mehrheit in den Reichstag einzöge oder wenigstens eine so starke Opposition, die bis an die äußerste Grenze des parlamentarischen Kampfes alles daran setzte, das über das Volk gebrachte Unheil der Brotverteuerung wieder zu beseitigen.

Zwar leben heute die herrschenden Kreise aus der Hand in den Mund, die Politik der Blöcklichkeiten vertraut auf gute Tage, das Staatswesen von heute kann jedoch bei Gefahr seines Bestandes einer gewissen Stabilität nicht entbehren. Dazu gehört auch die Sicherheit des Bestandes der Parteien, die dieses Staatswesen

stützen. Kein gefährlicheres Spiel, als diese Parteien dem Ansturm der Opposition bei Wahlen preis zu geben; es wäre also zu gewagt, sie unter der Parole des Brotwuchers dem Wahlkampfe auszusetzen. Das würde nur im alleräußersten Notfall eintreten und bedeutete geradezu eine Katastrophe für die innere Politik.

Es hängt demnach tatsächlich von der Wählerchaft ab, wie der Kampf um den Brotwucher ausgeht. Das weiß die zollbesessene Mehrheit des Reichstags, das weiß die Regierung so gut wie die Opposition. Weiß es das Volk ebenso gut, dann wird es seine Kraft kennen und sie zur Verschmetterung der Brotverteurer spielen lassen. Mit der Opposition resp. Obstruktion gegen den Zolltarif im Reichstage setzt der Kampf ein, mit der eventuellen Wahlschlacht und ihren Folgen wird er fortgesetzt werden müssen, wenn das Volk verständlich gegen seine Feinde und Muthungerer eintritt.

Ein Gesetz gegen Ringe und Trusts.

Gegen die Raubnatur des Großkapitals wendet sich eine Eingabe des 16 000 Mitglieder zählenden Centralverbandes deutscher Kaufleute und Industrieller, die, an den Bundesrat gerichtet, gesetzgeberische Maßnahmen gegen Uebergriffe im Kartell- und Ringwesen fordert. Die Forderung lautet:

„Der Verband bittet einen hohen Bundesrat und die verbündeten hohen Regierungen, dem Reichstage recht bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der wirtschaftlichen Vereinigungen monopolistischen Charakters — Kartellen, Syndikaten, Ringen, Trusts —, gleichviel, ob es sich um Preisvereinbarungen, Gebietskartellierungen, Produktionskartellierungen, Gewinn- und Vertriebskartellierungen u. handelt, die Verpflichtung auferlegt, sich in ein Kartellregister einzutragen und ihre Statuten behördlich genehmigen zu lassen, auch halbjährlich ihre Betriebsergebnisse, den Stand des Bilanz- wie des Gewinn- und Verlustkontos öffentlich — mindestens durch den Reichsanzeiger — bekannt zu geben.“

In der Begründung der Eingabe wird unter anderem gesagt:

Wie wir einerseits die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit von Kartellen anerkennen, wenn es sich darum handelt, bei sinkenden Konjunktoren eine übergroße Produktion vor panikartigem Preissturz zu bewahren durch planmäßige Einschränkung der Betriebe die Produktion wieder dem Konsum anzupassen, wilde Preisfleuderei zu unterdrücken und zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreisen ein gesundes Verhältnis wieder herzustellen, — so müssen wir andererseits einen wirksamen Schutz dagegen fordern, daß die kartellierten Kreise ihre Machtstellung dazu benutzen, dem deutschen Konsum ihre Waren oder Produkte zu unverhältnismäßig hohen Preisen aufzuzwingen oder dem Zwischen- und Kleinhandel den Preis und den Nutzen zu diktiert, den er beim Verkauf jener Waren oder Produkte einhalten soll. Eine gesunde (?) Preisbildung ist nur möglich, wenn sie auf Grund von Angebot und Nachfrage entsteht; sie ist aber völlig ausgeschlossen, wenn durch Kartelle oder Ringe die Preise willkürlich höher oder niedriger gesetzt werden, je nachdem es den Kartellierten darauf ankommt, abnorme Verdienste einzuheimen oder unliebsame Konkurrenten zu erdrücken.

Sollte die Regierung im Einvernehmen der Vertreter des Großkapitals — denn ohne dieses magt sie es nicht — wirklich dazu kommen, ein Trustgesetz dem Reichstage vorzulegen, so steht jetzt schon fest, daß dieses Gesetz ein zweifelhaftes, gegen die Auswüchse des Kapitalismus ebenso unwirksames sein würde, wie das gegen den „unlauteren Wettbewerb“. Es ist das Schicksal der Kleinen, von den Großen aufgefressen zu werden und keine Regierung und kein Gesetz wird sie davor bewahren. Die Konzentration des Kapitals macht immer größere Fortschritte, ganze Industrien werden von einer Anzahl vereinigter Großkapitalisten monopolisiert, die Technik wie die Arbeitskraft der Arbeiter aufs höchste ausgenutzt und die Großproduktion ins Unendliche gefördert.

Aber wie auf dem Gebiete der Produktion der Klein-gewerbetreibende und Handwerker von der Großproduktion überflügelt wird, so wirkt die großkapitalistische Ausgestaltung des Handels auf die kleineren Zwischenhändler, die der Konkurrenz der großen Warenhäuser nicht stand halten können.

Nun wollen sie dieser Entwicklung Einhalt geboten wissen durch ein entsprechendes Gesetz. Dabei läßt man nur außer acht, daß der Zwischenhandel im Kleinen denselben Grundcharakter hat, wie der im Großen; er ist näm-

